

## **SP Kanton Zürich**

Delegiertenversammlung vom 6. März 2012

Traktandum 3 – Rede des Parteipräsidenten

### **Parteienfinanzen: Nicht ein X für ein U, aber ein D für ein B vormachen**

Liebe Genossinnen und Genossen

Der Mensch ist, und darauf ist er ja auch stolz, der Mensch ist im Grundsatz ein Wesen, das fähig ist zu lernen. Der Mensch lernt indem er experimentiert, indem er ausprobiert, indem er Erfahrungen sammelt und daraus seine Schlüsse zieht. Er kann aber auch dadurch lernen, in dem er mit Hilfes seines Geistes unterschiedliche Ereignisse miteinander in Verbindung setzt, darüber nachdenkt und so neue Erkenntnisse gewinnt.

Wie es allerdings scheint, ist nicht jeder dieser Lernprozess gleich erfolgreich, insbesondere scheint das deduktive Lernen dem empirischen Lernen in gewissen Bereichen unterlegen zu sein. Alle von Euch, die Kinder haben, wissen was ich meine: Man kann seinem Kinde noch so oft erklären, dass die Herdplatte heiss ist und demonstrieren, wie eine Herdplatte Wasser erhitzt – es nützt nichts: Das Kind muss irgendwann mal die Herdplatte anfassen, es muss sich die Finger verbrennen, erst dann ist es überzeugt, dass sie auch wirklich heiss ist. Immerhin, und das ist die positive Seite dieser schmerzhaften Erfahrung, ist diese Art des Lernprozess äusserst nachhaltig. Das Kind wird vermutlich nie mehr in seinem Leben gezielt eine heisse Hardplatte berühren.

In der Politik gibt es gewissermassen ein Äquivalent zur heissen Herdplatte. Es ist die wissenschaftliche Studie. Sie ist, so hat man manchmal das Gefühl, das zentrale Element einer jeden politischen Diskussion, sie ist es, die eine Erkenntnis, und sei diese noch so offensichtlich, erst zu einem ernstzunehmenden politischen Argument macht. Nehmen wir ein Beispiel: Man kann zum Beispiel während eines Abstimmungskampfes am Morgen bei Kaffee und Butterbrot zählen, welche Partei wieviele Inserate schaltet, kann auf dem Weg zur Arbeit zählen, welche Partei wieviele Plakatwände belegt, kann am Abend zu Hause zählen, welche Partei einen mit wievielen Prospekten im Briefkasten beglückt hat. Anschliessend braucht es nicht viel mehr als rudimentäre Kenntnisse der Grundrechenarten, um zur Erkenntnis zu gelangen, dass vor allem eine Partei mit extrem viel Finanzmacht im Rücken operiert.

Vor zwei Wochen nun wurde eine Studie vorgestellt, die im Grunde nichts anderes, als genau das gemacht hat. Zugegebenermassen etwas systematischer und etwas wissenschaftlicher, als wir das mit unseren Beobachtungen im Alltagsleben tun. Aber siehe da: Diese Studie hat herausgefunden, was wir, was die Medien, was die Bevölkerung schon immer wusste: Das Geld ist vor allem rechts zu Hause. Es fliesst vor allem dann, wenn die SVP Stimmung gegen Ausländerinnen und Ausländer oder

andere Minderheiten machen will, und es fliesst dann, wenn Wirtschaftsverbände die Interessen der Wohlhabenden und Privilegierten in diesem Lande verteidigen wollen. Das alles ist wahrlich keine neue Erkenntnis, aber erst die wissenschaftliche Studie beförderte diese Erkenntnis, die wir alle schon lange gewonnen haben, definitiv zu einer Tatsache.

Die Frage, die sich nun stellt, liebe Genossinnen und Genossen, ist die, ob der Erkenntnisgewinn durch die Studie nachhaltiger sein wird, als der Erkenntnisgewinn, der sich einfach aus Beobachtungsgabe und dem gesunden Menschverstand ergab. Zu wünschen wäre es, denn in Sachen Transparenz bei der Parteienfinanzierung befindet sich die Schweiz noch immer auf der Ebene einer Bananenrepublik. Wenn man allerdings die ersten Stellungnahmen bürgerlicher Exponenten ernst nimmt, so sind Zweifel angebracht, ob diese an diesem erbärmlichen Status etwas ändern wollen: Sie sehen in der Tatsache, dass der Stimmbürger und die Stimmbürgerin nicht weiss, wer mit welchen Interessen welche Kampagne unterstützt, noch immer keine Gefahr für die Demokratie. Sie verweisen darauf, dass die Studie ja auch gezeigt habe, dass Geld alleine noch keinen Abstimmungserfolg garantiert. Sie verweisen darauf, dass die SVP, wenn man ihre Wahlkampfkosten in Relation zu den gewonnenen Abstimmungen und Parlamentssitzen setzt, vermutlich die erfolgloseste Partei Europas ist. Sie sagen, der Stimmbürger, die Stimmbürgerin lasse sich nicht kaufen.

Sicher: Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern kann man auch mit noch so viel Geld ein X nicht für ein U vormachen. Der viel zitierte Satz von Rudolf Farner, dass man mit genügend Geld aus jedem Kartoffelsack einen Bundesrat machen könne, hat so noch nie gestimmt. Ein Kartoffelsack bleibt auch in einem Frack ein Kartoffelsack. Aber es kann gleichzeitig auch nicht wegdiskutiert werden, dass Geld in Abstimmungen selbstverständlich eine Rolle spielen, gerade in Abstimmungen, die bezüglich Ausgangslage offen erscheinen, knapp ausgehen könnten, in Abstimmungen also, wo eine offene, unverfälschte Auseinandersetzung mit den verschiedenen Argumenten für die Entscheidungsfindung der Bürgerinnen und Bürger wichtig wäre, gerade dort spielt Geld eine wichtige Rolle. Oder anders gesagt: Man kann den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zwar kein X für ein U vormachen, aber es kann durchaus gelingen ihnen ein D für ein B vorzumachen.

Die Forderung nach Transparenz bei der Finanzierung von Parteien, von Abstimmungs- und Wahlkampagnen wird von bürgerlicher Seite oft mit dem Totschlag-Argument typischer «linker Neidkultur» abgetan. Sie vermischen dabei ganz bewusst das Thema Transparenz mit dem Thema staatliche Parteienfinanzierung. Dabei müsste zumindest die Forderung nach Transparenz auch in ihrem Sinne als Demokratinnen und Demokraten sein. Man kann nämlich nicht in Abrede stellen, dass ein Mangel an Transparenz langfristig die Funktionsweise einer Direkten Demokratie untergräbt.

Die Direkte Demokratie lebt davon, dass eine Mehrheit entscheidet und dass sich die Minderheit dem Mehrheitsentscheid fügt. Dieses Arrangement funktioniert aber nur, wenn sichergestellt ist, dass der Mehrheitsentscheid auch als legitim und deshalb bei aller inhaltlicher Differenz als zu akzeptieren empfunden wird. Sind aber die Ressourcen, die in Abstimmungskämpfen zur Verfügung stehen, ständig und allzu ungleich verteilt, dominiert eine Seite zu sehr, erhält der Meinungsbildungsprozess zu sehr Schlagseite, so wird die Legitimität von Mehrheitsentscheiden zunehmend in

Frage gestellt, wird die Minderheit zunehmend Mühe bekunden, den gefällten Entscheid als Ausdruck der ehrlichen Meinung der Mehrheit zu akzeptieren. Doch wenn dies nicht mehr der Fall ist, dann steht das Modell der Direkten Demokratie auf tönernen Füßen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin von Natur aus kein Schwarzseher. Noch sind wir in der Schweiz nicht am Punkt, an dem die mangelnde Transparenz bei der Parteienfinanzierung eine unmittelbare Bedrohung für unsere Demokratie sind – aber es ist unverkennbar, dass wir uns mehr und mehr auf diesen Punkt zusteuern. Und gerade deshalb ist es nötig, dass die Chance, dieses Problem jetzt noch rechtzeitig zu lösen nicht verpasst wird. Ich habe deshalb null Verständnis für Politikerinnen und Politiker, habe null Verständnis für Parteien, die zwar von jeder Sozialhilfeempfängerin und jedem Asylbewerber Transparenz bis in den letzten Winkel und die letzte Pore verlangen, sich aber gleichzeitig gegen Transparenzregeln beim Thema Parteienfinanzierung sträuben. Es gibt in meinen Augen schlicht und einfach kein plausibles Argument, um gegen Transparenz in diesem Bereich zu sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Aber wer am Tropf des grossen Geldes hängt, der will halt dort so schnell nicht mehr weg, und deshalb ist zu befürchten, dass die bürgerlichen Parteien auch weiterhin keine Schritte unternehmen werden, um hier Abhilfe zu schaffen. Und so liegt es halt bei uns, hier weiter Druck zu machen, sei es mit der in Vorbereitung befindlichen Initiative auf Bundesebene, sei es mit einer von der SP-Fraktion im Kantonsrat eingereichten Parlamentarischen Initiative, welche eine Offenlegungspflicht für Spenden über 5'000 Franken auf kantonaler Ebene verlangt.

Ich bin davon überzeugt, liebe Genossinnen und Genossen, dass es endlich an der Zeit ist, dass die Schweiz bezüglich Transparenz bei der Finanzierung von Abstimmungs- und Wahlkämpfen ihren Status als Bananenrepublik aufgeben muss. Wer Argumente, Werte und Überzeugungen hat, der braucht sich nicht hinter unklaren Geldquellen zu verstecken, sondern der kämpft mit offenem Visier. Hoffen wir also, dass das Bild mit der Studie als heisse Herdplatte stimmt und wir in dieser Sache endlich einen Schritt vorwärts machen, hin zu einer transparenten Demokratie.

Herzlichen Dank!

*Es gilt das gesprochene Wort.*